
P R O T O K O L L
über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses des Landkreises
Cloppenburg am Dienstag, dem 14.09.2021, 16:00 Uhr, im
Sitzungssaal 1 des Kreishauses in Cloppenburg

Anwesend

Vorsitzende/r

1. Kreistagsabgeordnete Julia Wienken

Mitglieder

2. Kreistagsabgeordneter Dr. Sebastian Vaske
Vertretung durch Kreistagsabgeordnete
Marlies Hukelmann

3. Kreistagsabgeordnete Dr. Irmtraud Kannen

4. Kreistagsabgeordneter Klaus Karnbrock

5. Kreistagsabgeordnete Nadja Kurz

6. Kreistagsabgeordnete Ursula Nüdling

7. Kreistagsabgeordneter Stefan Riesenbeck

8. Kreistagsabgeordneter Theodor Schmidt

Grundmandat

9. Kreistagsabgeordneter Wilfried Liers

Zugewählte stimmberechtigte Mitglieder

10. DRK Jugendrotkreuz Petra Oltmann

11. Bund der Dt. Kath. Jugend Frank Tönnies

12. Arbeiterwohlfahrt Marianne von Garrel

Zugewählte beratende Mitglieder

13. Lehrkraft der unteren Schulbehörde Kai Kuszak

14. Richterin Isabel Lindner

15. Gleichstellungsbeauftragte Dr. Christina Neumann

16. Beauftragter für Jugendsachen der
Polizeiinspektion CLP/VEC Harald Nienaber

Verwaltung

17. Erster Kreisrat Ludger Frische

18. Kreisverwaltungsoberrat Peter Uchtmann

Protokollführer/in

19. Kreisamtsrat Stephan Trenkamp

Zugewählte beratende Mitglieder

20. Kreisjugendpflegerin Alexandra Pille

Es fehlte/n:

21. Vertreter der evangelischen Kirche Thorben Andres

22. Sozialdienst kath. Frauen Marga Bahlmann



- | | |
|--|------------------|
| 23. Elternvertreterin/Erzieherin in einer Kindertagesstätte | Sylvia Berude |
| 24. katholische Landjugendbewegung | Benjamin Dirks |
| 25. Vertreter der Interessen ausländischer Kinder/Jugendlicher | Dietmar Fangmann |
| 26. Deutscher Kinderschutzbund | Andrea Feltes |
| 27. Vertreterin des Beirates für Menschen mit Behinderungen | Diana Hömmen |
| 28. Kreistagsabgeordneter | Yilmaz Mutlu |
| 29. Vertreter der kath. Kirche | Björn Thedering |

Tagesordnung:

- 1 . Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 2 . Feststellung der Tagesordnung
- 3 . Einwohnerfragestunde
- 4 . Genehmigung des Protokolls
- 5 . Antrag der Gruppe Grüne/UWG - Bewältigung der Pandemie für Kinder und Jugendliche im Landkreis Cloppenburg V-JHA/21/198/1
- 6 . Antrag der Gemeinde Emstek auf Gewährung einer Zuwendung für den Um- und Anbau des Don Bosco Kindergartens Höltinghausen und die damit verbundene Schaffung einer Kindergartengruppe V-JHA/21/200
- 7 . Aktuelles zur Lage der Corona-Pandemie
- 8 . Anregungen und Beschwerden
- 9 . Anfragen (Gem. § 15 II GO spätestens 3 Tage vor der Sitzung schriftlich beim Landrat eingereicht)
- 10 . Mitteilungen

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, Kreistagsabgeordnete Wienken, eröffnete die Sitzung und begrüßte die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses im Sitzungssaal. Sodann stellte die Vorsitzende die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

2. Feststellung der Tagesordnung

Die Vorsitzende, Kreistagsabgeordnete Wienken, stellte die Tagesordnung wie oben aufgeführt fest.



3. Einwohnerfragestunde

Wortmeldungen lagen nicht vor.

4. Genehmigung des Protokolls

Die Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 18.05.2021 wurde einstimmig genehmigt.

5. Antrag der Gruppe Grüne/UWG - Bewältigung der Pandemie für Kinder und Jugendliche im Landkreis Cloppenburg Vorlage: V-JHA/21/198/1

Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen stellte den Antrag in seinen Unterpunkten kurz vor und verwies eingangs darauf, dass bei Stellung des Antrages am 02.05.2021 sich die Gesamtlage bezüglich der Corona-Pandemie noch anders darstellte. Seinerzeit sei der Antrag vor dem Hintergrund von viel Berichterstattung über die psychischen Folgewirkungen der Lock-downs für Kinder und Jugendliche gestellt worden, um den Landkreis zu einer Vertiefung mit den problematischen Auswirkungen in Zusammenhang mit den einzelnen Antragspunkten zu bringen. Die Verwaltung habe, so Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen, dezidiert mit einer Stellungnahme mit dem Antrag nach dessen Vertagung in der vorangegangenen Sitzung des Jugendhilfeausschuss befasst. Hierfür sprach Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen der Kreisverwaltung ihren Dank aus. Was seitens der Gruppe Grüne/UWG in den letzten Monaten vermisst wurde war, dass der Landkreis das Thema Kinder in der Corona Pandemie kaum behandelt habe. Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen nannte beispielhaft das Thema Förderkurse und Freizeitgestaltung, welches in der Ehrenamtsagentur behandelt worden sei. Daher schlug Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen vor jeden Unterpunkt des Antrages einzeln abzustimmen.

Kreisverwaltungsoberrat Uchtmann bezog sich auf die ausgearbeitete Vorlage und erkundigte sich, ob es noch offene Nachfragen gäbe.

Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen konstatierte zu den fünf Antragspunkten, dass im ersten Punkt eine erweiterte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Entscheidungsprozessen in Form von Runden Tischen o.Ä. im Antrag konkreter gefasst sind als die, auf die neuen Anforderungen des Kinder-und-Jugendstärkungsgesetz (kurz: KJSG) verweisende Stellungnahme. Der zweite Unterpunkt sei sehr ausführlich beantwortet, wodurch sich der Antrag dort erledigen würde. Zu Punkt Drei seien die sozialdatenbasierten Erhebungen interessant, insbesondere „KontextCheck“, jedoch nicht strukturell auf Corona bezogen. Ggf. könne bereits jetzt eine Erkenntnislage vorgestellt werden. Zum vierten Unterpunkt des Antrages führte Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen aus, dass es in erster Linie um die Frage gegangen sei, was, wenn Einrichtungen für Kinder und Jugendliche geschlossen seien und diese dann kein Mittagessen bekämen. Hier habe man Praxisbeispiele aus anderen Kommunen benannt, welche auch geprüft seien in der Stellungnahme. Zwar favorisiere die Verwaltung Geldleistungen, jedoch kämen diese als ersatzweise Geldleistungen zwar in den Familien an, brächten aber nicht letzte Gewissheit, dass eine Umsetzung in Nahrungsmittel für Mittagessen

auch passiere. Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen befand hier eine Abstimmung nach wie vor für nötig, weil die Ausgabe von Lunchpaketen besser sei. Zur Frage der Kampagnentätigkeit des Landkreises für Kinder und Jugendliche im Unterpunkt 5 gäbe es zwar einiges Gutes, dies sei mit Blick auf Corona aber zu wenig. Auch hier müsse es eine Abstimmung wie zu den Punkten 1 und 4 geben. Zu den Punkten 2 und 3 sei dies, so Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen, nicht mehr nötig.

Kreisverwaltungsoberrat Uchtmann ging sodann auf die einzelnen Punkte detaillierter ein. Zur Partizipation durch das neue KJSG wurde die Stellungnahme zum Antrag bewusst allgemein gehalten, da man sich in einer Findungsphase befinde. Anhand eines konkreten Beispiels aus dem Bereich der Pflegekinder in Pflegefamilien verdeutlichte Kreisverwaltungsoberrat Uchtmann, wie man vor Ort durch Maßnahmen oder auch in Kooperation mit anderen Landkreisen über ein Online-Angebot Mitteilungsmöglichkeiten für Pflegekinder schafft. Ferner verwies Kreisverwaltungsoberrat Uchtmann auf den Vorsitzenden des Deutschen Jugendinstituts, Dr. Meysen, der diesen offenen Umsetzungsfragen im Zuge der Novellierung des SGB VIII durch das KJSG ebenfalls noch nicht mit abschließenden Antworten und Konzeptvorschlägen begegnen könne.

Kreistagsabgeordneter Karnbrock benannte ergänzend die überregional einzurichtenden Ombudsstellen für Kinder, Jugendliche und ihre Familien als weiteres, neues Instrument zur Partizipation.

Auf Nachfrage der Kreistagsabgeordneten Dr. Kannen teile Kreisverwaltungsoberrat Uchtmann mit, dass über weitere Einzelheiten der Kooperation zwischen Erziehungs- und Suchtberatungsstellen noch nicht berichtet werden kann.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck ergänzte, dass bei dieser Kooperation zwischen Sucht- und Erziehungsberatung das Konzept stehe und die Umsetzung jetzt erfolge.

Zur datenbasierten Sozialplanung erinnerte Kreisverwaltungsoberrat Uchtmann, dass Auszüge der Integrierten Berichterstattung Niedersachsen (IBN) schon einmal im Jugendhilfeausschuss vorgestellt worden seien. Im Rahmen von KontextCheck habe sich durch Corona eine Befragung verzögert. Die Ergebnisse sollen nach Abschluss und Auswertung im Jugendhilfeausschuss vorgestellt werden.

Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen erkundigte sich in diesem Zusammenhang nach einer Koordinatorin, welche im Jugendamt eingestellt sein solle, was ihr im Rahmen einer Veranstaltung der Ehrenamtsagentur mitgeteilt worden sei.

Gleichstellungsbeauftragte und Leiterin der Stabstelle Bildung und Demografie, Frau Dr. Neumann, teilte mit, dass damit der Bildungskordinator im Bildungsbüro gemeint gewesen sei und gab zu Bedenken, dass es schwierig sei immer konzertiert als Verwaltung zu vermitteln was alles an welchen Stellen gemacht werde. Auch Bildungsregion und Bildungsbüro haben sich der Thematik der Corona bedingten Lernrückstände – bspw. via einer Umfrage an Grundschulen – gewidmet, um zu ermitteln, was im kommenden Schuljahr in den Grundschulen erwartet werden kann.

Kreistagsabgeordnete Hukelmann stellte für die Fraktion der CDU fest, dass man den Unterpunkten 1 bis 3 des Antrages zustimmen könne. Man könne in einer Vorlage sicher nie alles aufschreiben, was gemacht werde. Die Lunchpakete zum Abholen an Zentralstellen seien nicht praktikabel und auch nicht sinnvoll in Coronazeiten. Zum fünften Punkt könne man nach dem Antrag den Eindruck gewinnen, dass im Landkreis so gut wie nichts zur Öffentlichkeitsarbeit laufen würde. Dem sei nicht so.



Kreistagsabgeordneter Riesenbeck konstatierte für die Kreistagsfraktion der SPD, dass man dies ähnlich sähe. Mehr Kampagnetätigkeit brächte nicht zwingend mehr.

Nach Rückfrage der Vorsitzenden, Kreistagsabgeordnete Wienken, an Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen wurden die Unterpunkte 2 und 3 des Antrages von der Gruppe Grüne/UWG zurückgezogen. Zum Unterpunkt 4 beantragte Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen, entgegen des Vorschlages der Verwaltung, bei Schließung der Schulmensen eine Geldleistung zu bewilligen, den anspruchsberechtigten Schüler*innen Lunchpakete zur Abholung bereit zu stellen. Es wurde zu den Unterpunkten 1, 4 und 5 des Antrages abgestimmt.

Beschlussfassung:

Dem Kreistag wurde zu Unterpunkt 1 des Antrages einstimmig folgende Beschlussfassung empfohlen:

Die Kreisverwaltung stellt sicher, dass bei wichtigen Entscheidungen auch die Perspektive von Kindern und Jugendlichen Gehör findet, indem zentrale Akteur*innen in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Dies kann z.B. durch die direkte Einbeziehung in entscheidende Gremien oder in Form regelmäßiger runder Tische gesichert werden.

Unterpunkt 4 des Antrages (Lunchboxen) wurde bei einer Gegenstimme und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Unterpunkt 5 des Antrages (Kampagnetätigkeit) wurde bei einer Gegenstimme mehrheitlich abgelehnt.

- 6. Antrag der Gemeinde Emstek auf Gewährung einer Zuwendung für den Um- und Anbau des Don Bosco Kindergartens Höltinghausen und die damit verbundene Schaffung einer Kindergartengruppe
Vorlage: V-JHA/21/200**

Kreisverwaltungsoberrat Uchtmann trug aus der Vorlage vor und ergänzte, dass im Jahr 2012 die Umnutzung einer Gruppe zur Krippengruppe aufgrund niedriger Belegungszahlen vollzogen wurde. Nunmehr sei wieder eine dritte Kindergartengruppe von Nöten wegen des Geburtenanstiegs.

Kreistagsabgeordnete Hukelmann sah keinerlei Hinderungsgründe dem Antrag zu entsprechen.

Dem Kreisausschuss wurde einstimmig folgende Beschlussfassung empfohlen:

Der Gemeinde Emstek wird für Um- und Anbau des Don Bosco Kindergartens Höltinghausen und die damit verbundene Schaffung einer Kindergartengruppe ein Zuschuss in Höhe von 195.000,00 EUR gewährt.

7. Aktuelles zur Lage der Corona-Pandemie

Erster Kreisrat Frische berichtete über die Steigerung der Inzidenzen, die zwischen 60 – 100 stagnieren. Von einer angekündigten, neuen Coronaverordnung des Landes Niedersachsen



erwarte man seitens der Kreisverwaltung die Einführung einer 2G-Regel. Im Infektionsgeschehen seien aktuell zu 95% ungeimpfte Personen betroffen, auch vermehrt Kinder und Jugendliche, die sich innerhalb von Familienverbänden infizierten. Das relativ gute Wetter helfe im Moment noch die infektionszahlen niedrig zu halten und in Schulen und Kitas eine maximale Präsenz der Kinder bei Quarantänefällen aufrecht zu erhalten. Eine Freitestung nach 5 Tagen sei möglich.

Kreisverwaltungsoberrat Uchtmann berichtete, dass die Arbeit der Freien Träger und des Jugendamtes mittlerweile weitestgehend normal laufe. Ferner berichtete Kreisverwaltungsoberrat Uchtmann zu den verschiedenen Beschaffungsphasen von Coronatests für Kindergartenkinder vor bzw., nach den Sommerferien. Beschaffungsverzögerungen seitens des Landes stellten sich derzeit nicht als Problem dar, da man noch für den gesamten September Tests habe. Man habe den Kitas empfohlen zu Beginn des Kindergartenjahres vermehrt wegen Reiserückkehrer in den Kindergärten zu testen. Am Vormittag des Sitzungstages des Jugendhilfeausschusses sei durch das Land eine große Lieferung Corona-Tests (22 Paletten) angekündigt worden. Diese seien bis zum Jahresende ausreichend.

Kreistagsabgeordneter Karnbrock fragte vor dem Hintergrund der breiten Diskussion inwieweit Arbeitgeber und Beschäftigungsträger die Mitarbeitenden nach dem Impfstatus fragen könnten, wie sich der Landkreis dazu stellt oder ob Kenntnisse aus anderen Landkreisen vorhanden sind, ob Sozialarbeiter*innen und Erzieher*innen bereits nach Impfstatus gefragt würden.

Erster Kreisrat Frische entgegnete, dass dies aktuell rechtlich nach der Corona Testverordnung nicht zulässig sei, man könne aber einen Test verlangen, wenn der Impfstatus nicht nachgewiesen würde.

Kreistagsabgeordneter Schmidt resümierte, wenn bei den Masernimpfungen eine Nachfrage in Ordnung sei, bei Corona aber nicht, sei dies Schwachsinn.

8. Anregungen und Beschwerden

Anregungen oder Beschwerden lagen nicht vor.

9. Anfragen (Gem. § 15 II GO spätestens 3 Tage vor der Sitzung schriftlich beim Landrat eingereicht)

Es lagen keine Anfragen vor.

10. Mitteilungen

Kreisverwaltungsoberrat Uchtmann wies abschließend auf das am 10.06 in Kraft getretene Kinder- und Jugendstärkungsgesetz hin, welches eine Änderung des SGB VIII sei.

Die Regelungspunkte seien:

1. Besserer Kinder- und Jugendschutz

2. Stärkung von Kindern und Jugendlichen, die in Pflegefamilien oder in Einrichtungen der Erziehungshilfe aufwachsen
3. Hilfen aus einer Hand für Kinder mit und ohne Behinderungen
4. Mehr Prävention vor Ort
5. Mehr Beteiligung von jungen Menschen, Eltern und Familien

Dabei sei der gesetzgeberische Auftrag die Zusammenführung der Eingliederungshilfe unter einem Dach und die Einführung von Verfahrenslotsen die größte Herausforderung. Das Know How sei aktuell im Sozial-, Gesundheits- und Jugendamt aufgeteilt vorhanden. Andere Dinge, wie bspw. die Kinderschutzklärungen im Bereich der Kindertagespflege ist bereits Praxis, die ggf. angepasst werden muss.

Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen fragte nach Konsequenzen der neuen Gesetzgebung struktureller und personeller Natur für das Jugendamt.

Kreisverwaltungsoberrat Uchtmann konstatierte, dass man die gesetzliche Regelungen umsetze und man in Zukunft sehen werde, ob sich dadurch Personalmehrbedarfe ergeben werden. Es zeichne sich ab, dass steigende Beratung - wenn sie denn beansprucht werde - sich auch in der Personalbemessung wiederfinden werde.

Die Vorsitzende, Kreistagsabgeordnete Wienken, dankte den Teilnehmenden und verabschiedete sich beim Jugendhilfeausschuss, deren Vorsitzende sie heute letztmalig war, ganz herzlich.

Erster Kreisrat Frische dankte der Vorsitzenden, Kreistagsabgeordnete Wienken, für die jahrelange, kooperative und sehr angenehme Zusammenarbeit im Jugendhilfeausschuss im Namen der Kreisverwaltung.



Um 17:00 Uhr schloss die Vorsitzende die Sitzung.

Vorsitzende

Landrat

Protokollführer/in